

# Was will die NPD?

Die NPD verfolgt eine moderne Strategie: Über Musik zum Beispiel oder Elemente aus der heidnisch-germanischen Mythenwelt verbreitet sie Aspekte ihrer rassistischen Ideologie und hat dadurch Zugänge gefunden zu unterschiedlichen Jugendkulturen.

In Zusammenarbeit mit Neonazi-»Kameradschaften« kann sie Jugendlichen heute eine rechte Erlebniswelt bieten, die über eine hohe Anziehungskraft verfügt. Mit einem Durchschnittsalter von 37 Jahren hat die NPD heute die jüngste Mitgliederschaft aller Parteien.

In ihrer Propaganda setzt die NPD immer wieder auch auf aktuelle Themen, sie beteiligte sich beispielsweise an Protesten gegen die sogenannte Hartz-IV-Reform oder den Irakkrieg. Je nach Situation vor Ort gelingt ihr dadurch in manchen Regionen der Anschluss an Diskurse und Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte. Und ganz anders als etwa die Deutsche Volksunion (DVU) versucht sie, feste Parteistrukturen aufzubauen, um sich durch kontinuierliche kommunalpolitische Aktivitäten in Städten und Gemeinden zu verankern.

## »Die BRD abwickeln«

Die Wahlplakate und Flugblätter der NPD klingen oft ziemlich harmlos. In der Parteizeitung Deutsche Stimme oder auf Versammlungen wird der Vorsitzende Udo Voigt deutlicher: Das »Endziel« sei eine »neue Ordnung in Deutschland«, hieß es zum Beispiel in der Deutschen Stimme vom Juni 1997. In einem Interview mit der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit sagte Voigt im September 2004: »Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.«

Das Grundgesetz lehnt die NPD strikt ab, ihrer Ansicht nach ist es den Deutschen nach der Befreiung vom Nationalsozialismus von den West-Alliierten aufgezwungen worden. Genaue Vorstellungen über den neu zu schaffenden Staat hat die NPD nicht, auf jeden Fall aber würde sie die Parlamente entmachten und durch eine starke Führungsperson sowie durch Volksentscheide oder -befragungen ersetzen.

## Der »Volks«-Begriff

Kaum ein Begriff taucht in den Programmen der NPD so häufig und so prominent auf wie das »Volk«. Dies ist kein Wunder, denn die NPD ist eine völkische Partei, das »Volk« ist bei ihr Grundlage und oberstes Ziel aller Politik. Für die NPD ist der Einzelne nichts ohne sein Volk. Der erste Satz des NPD-Grundsatzprogramms lautet: »Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen.« Das mag unverfänglich klingen, hat aber weitreichende Konsequenzen. In einer humanistischen Ordnung kommt jedem Menschen seine Würde aus sich selbst zu; darin sind alle gleich, jede und jeder besitzt sie von Geburt an, unabhängig beispielsweise von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder Behinderung.

»Die Würde des Menschen ist unantastbar«, lautet deshalb auch der erste Satz des Grundgesetzes, woraus der zweite folgt: »Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Ganz anders im NPD-Programm. Dort folgt aus der völkischen Grundsatzentscheidung des ersten Satzes, dass der Staat »Verantwortung für das Volk« trage (und nicht für den einzelnen Menschen).

Damit wäre in einem Staat nach den Vorstellungen der NPD Tür und Tor geöffnet für staatliche Willkür gegen Individuen, einzelne Menschen oder Gruppen könnten beliebig zu »Volksschädlingen« erklärt und verfolgt werden.

So deutlich sagt das die NPD natürlich nicht. Und sie profitiert von der Vieldeutigkeit des Begriffes »Volk«, der ja auch im Grundgesetz vorkommt. Die NPD aber hat einen klaren, biologistischen Volksbegriff. »Grundlegend für ein Volk seien: gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache, Kultur sowie gemeinsames Erleben und Schicksal«, heißt es zum Beispiel im Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2006 aus dem Deutsche Stimme-Verlag. Wer also keine »blutsdeutschen« Vorfahren hat, gehört für die NPD nicht zum Volk und hat bei ihr weniger Rechte. Sie will keine Demokratie (demos = Volk), sondern eine »Ethnokratie«, also die Herrschaft einer ethnischen Gruppe.

### » **Blut und Boden**«

Oberstes Ziel der NPD ist der Erhalt des so definierten deutschen Volkes (bzw. der germanischen Rasse, wie einige Mitglieder offen sagen). Folglich setzt sich die Partei für eine stärkere Förderung rein-deutscher Familien ein, denn diese sind in ihren Augen ja (laut Grundsatzprogramm) »Träger des biologischen Erbes« des Volkes. Alle politischen Forderungen der NPD basieren auf diesem Weltbild. Sie ist zum Beispiel für Agrarsubventionen, denn die Bauern seien der »Nährstand des Volkes«. Sie tritt ein für Umweltschutz, denn »ohne eine ökologisch verantwortliche Politik« sei »jedes Volk in seiner Substanz gefährdet«, wie die NPD es formuliert.

Die Programmatik der NPD ähnelt der der NSDAP sehr, deshalb ist es auch kein Wunder, dass die Partei das nationalsozialistische Deutschland immer wieder verteidigt (und dessen Verbrechen verharmlost). »Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört«, heißt es zum Beispiel in bedauerndem Ton im »Aktionsprogramm« der NPD. In der Deutschen Stimme wird bewundernd über die Wirtschaftspolitik der NSDAP geschrieben. Und der Vorsitzende Udo Voigt erklärt in einem Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung Junge Freiheit: »Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann.«

### **Die soziale Frage als »deutsche Frage«**

Unter Voigt ist neben rassistischer Propaganda »die soziale Frage« das wichtigste Propagandathema der NPD geworden, in der Parteizeitung erscheinen Schlagzeilen wie »Großkapital vernichtet weitere Arbeitsplätze«. Gleich nach Voigts Amtsantritt, am 1. Mai 1996, mobilisierte die Partei zu einer Großdemo am Leipziger Völkerschlachtdenkmal. »Sozialismus ist machbar«, rief der Vorsitzende dort. »Unser Sozialismus ist aber ein Sozialismus des Volkes und nicht des internationalen Klassenkampfes.«

Ihr Grundsatzprogramm hatte die NPD schon Ende der 1970er Jahre auf vermeintlich antikapitalistischen Kurs gebracht, aber erst zwanzig Jahre später und unter den gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Bedingungen Ostdeutschlands konnte sie damit in der Bevölkerung ankommen. Geschickt macht sich die NPD den dort verbreiteten Frust über das bundesrepublikanische System und positive Erinnerungen an die DDR zunutze.

Dass sie darunter vor allem die Ausgrenzung aller, die nicht ins rechte Weltbild passen versteht, und keinesfalls die Herstellung sozialer Gleichheit anstrebt, sagt die NPD nicht laut. Nur im kleingedruckten Anhang des erwähnten Taschenkalenders erklärt die Partei, die von ihr angestrebte

Volksgemeinschaft werde »stets eine klare soziale Unterscheidung, als Folge der Verschiedenheit der Menschen (nach Alter, Begabung, Anspruch, Kenntnis, Fähigkeit, Leistung, Haltung usw.) zeigen«.

### **Vielfalt? – Ethnopluralismus**

Dieses Zitat verweist auf den zweiten Grundsatz der NPD-Ideologie: Die Partei leugnet vehement die prinzipielle Gleichheit aller Menschen und schließt dabei von der biologischen Verschiedenheit aller Individuen auf ihre vermeintliche gesellschaftliche, politische, soziale und juristische Ungleichheit. Sie nennt ihr Konzept »lebensrichtiges Menschenbild«. Sie versucht, ihre Gesellschaftsvorstellungen mit pseudo-wissenschaftlichen Erkenntnissen zu begründen, überträgt dazu Erkenntnisse beispielsweise aus der Verhaltensforschung bei Tieren auf den Menschen und ignoriert, dass den Menschen gerade auszeichnet, dass er nicht nur Natur-, sondern auch Kulturwesen ist.

Die NPD teilt die Menschheit in unterschiedliche Rassen ein. Doch anders als die NSDAP bezeichnet sie andere als die arische Rasse nicht offiziell als minderwertig. Stattdessen vertritt sie einen sogenannten »Ethnopluralismus«, den sie der Neuen Rechten entlehnt hat. Demnach sei es erstrebenswert, dass nebeneinander verschiedene Staaten und Gesellschaften existieren, die jeweils »reinrassig« sein sollten. Dieses Konzept hat den Vorteil, dass es der NPD – zumindest theoretisch – auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Rechten ermöglicht. In der Praxis dagegen verachten viele einfache NPD-Mitglieder alle MigrantInnen. Denn genau diese Vorstellung, allein aufgrund der eigenen Herkunft mehr wert zu sein als andere Menschen, macht die NPD und ihre Weltanschauung für einen Teil der Bevölkerung attraktiv – besonders in Zeiten von Globalisierung und wachsender sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit.

### **Antisemitismus als Konstante im Hintergrund**

Wenn die NPD vollmundig gegen das »Großkapital« agitiert, darf man sich keine Illusionen darüber machen, wen im speziellen sie als zu bekämpfenden Gegner ausmacht. Gemäß ihrer tiefen Verankerung in der NSDAP-Programmatik wähnt sie das vorgeblich besonders schädliche internationale Kapital als »jüdisch«. Die »Kapitalismuskritik« der NPD ist eng mit dem klassischen politischen Antisemitismus verknüpft. Bemerkenswerterweise lassen sich antisemitische Äußerungen zur sozialen Frage im großen Stil bei der NPD nicht finden.

Eine deutlichere Sprache sprechen jedoch Äußerungen in internen Foren und Blättern. Offenbar erhofft man sich derzeit keine Sympathiegewinne durch aggressive antisemitische Äußerungen. Die entsprechende Ideologie ist bei den NPD-Anhängern jedoch konstant zu finden und schwimmt im Hintergrund immer mit. Sie wird jedoch öffentlich nicht offensiv zur Schau getragen. Durchbruch findet der Antisemitismus der NPD bei Gelegenheiten wie Demonstrationen unter dem Motto »Keine Steuergelder für den Synagogenbau« oder wie jüngst in hämischen Kommentaren zum Tod von Paul Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/das-programm-der-mpd>

Dieser Text wurde dem „Netz gegen Nazis“ freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz)

# Warum eigentlich ist die Demokratie die bessere Gesellschaftsform?

*Ja, wäre es nicht schön, wenn ein starker Mann schnelle Entscheidungen träge? Wenn es eine Einheitspartei gäbe, die Politik im Sinne des Volkswohls machte? Ein Interview mit Hans-Gerd Jaschke, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin.*

**Herr Jaschke, in Meinungsumfragen bekunden gut 20 Prozent der Leute, dass sie eine Diktatur eigentlich gar nicht so schlecht finden. Woran liegt das?**

Unser modernes Leben ist sehr komplex und unübersichtlich geworden. Der einzelne Bürger hat heute oft das Gefühl, dass Entscheidungen sehr lange dauern, an ihm vorbeigehen - und er im Zweifelsfall sowieso keinen Einfluss darauf nehmen könnte, erst recht nicht im Zeitalter der Globalisierung. Demgegenüber verspricht eine Diktatur schnelle Entscheidungen, sie suggeriert Übersichtlichkeit und Klarheit. Allerdings ist das Lug und Trug, denn eine Diktatur kommt - wie alle historischen Erfahrungen zeigen - immer nur wenigen zugute, nämlich den Staats- und Parteiführern und ihrer Klientel. Das breite Volk hat in einer Diktatur noch nie einen wirklichen Gewinn gehabt.

**Was wäre denn schlecht an schnellen Entscheidungen?**

Erst mal gar nichts. Nur lebt eine Demokratie eben davon, dass Entscheidungen möglichst transparent sind und auch hinterfragt werden können. Hierzulande kann man gegen staatliche Entscheidungen, etwa die Genehmigung für eine neue Autobahn, vors Verwaltungsgericht ziehen. Klar, das ist eine Verzögerung - insofern sind Diktaturen effizienter. Aber die Erfahrung zeigt, dass sehr, sehr viele Entscheidungen des Staates falsch waren oder zum Nachteil der Bürger.

**Aber manchmal ist Demokratie doch unendlich mühsam! Wenn Nazis Parlamente als "Schwatzbude" verächtlich machen, sprechen sie vielen Leuten aus dem Herzen.**

Ganz ohne Frage, in Politik und Staat gibt es eine Menge Reformbedarf. Aber mir geht es ums Prinzip: Die möglichst breite Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern oder die erwähnte Rechtswegsgarantie, da ist die Demokratie nicht verhandelbar. Und ich bin sicher, dass es Menschen Spaß macht, wenn sie sich in die Politik einbringen können, wenn sie merken, ihr Engagement wird respektiert. Klar, da wäre einiges zu verbessern. In Berlin gab es in den letzten Jahren zwei Bürgerentscheide - und beide Male hat der Regierende Bürgermeister klargemacht, dass ihm das Votum der Leute eigentlich egal ist. Für den Gemeinwohl ist so etwas katastrophal.

**Wir würden Sie einem Kind erklären, warum Demokratie besser ist?**

Demokratie ist besser, weil du mitmachen kannst - Diktatur ist schlechter, weil du mitmachen musst.

**Bei den alten Griechen, bei Platon und Aristoteles, wurde die Demokratie eher negativ gesehen. Wäre es nicht besser, wenn Experten die Welt regierten?**

Experten sind unabdingbar für technische Fragen oder zur Erhellung von Details. Bei Fragen des Allgemeinwohls aber haben wir eher schon zu viel Expertentum. Außerdem gibt es ja auch in

Expertenkreisen widersprüchliche Auffassungen zu vielen Dingen. Deshalb ist Bürgerbeteiligung in den zentralen Fragen unerlässlich.

### **Aber ist "das Volk" nicht dumm?**

Nein! Es ist bisweilen nicht informiert, das ist richtig. Doch auch das Parlament ist in bestimmten Details nicht als Ganzes informiert, deshalb wählt man ja den Weg über Fachausschüsse. Natürlich, wir brauchen immer Stellungnahmen und Vorarbeiten von Expertengremien, aber die eigentliche Entscheidung muss den Bürgerinnen und Bürgern vorbehalten bleiben.

### **Warum sind Parteien oft langweilig und dröge?**

Die müssen so sein, weil sie den Vorgaben des Parteiengesetzes folgen. Die Verbürgerlichung der Grünen hat nur diesen Grund. Ihre Theorie der Basisdemokratie ist ja nicht verkehrt, sie passte nur nicht zum Gesetz. Die klassische Partei geht auch von einem veralteten Begriff von Öffentlichkeit aus: Der konzentrierte sich aufs Wirtshaus, wo man sich einmal im Monat traf und diskutierte. Das ist längst antiquiert. Wir bräuchten eine gründliche Reform des Parteiengesetzes, aber daran haben viele Funktionäre kein Interesse, weil die alten Strukturen ihre Macht sichern.

### **Ist Demokratie die absolut beste Gesellschaftsordnung?**

Sagen wir so: Es ist keine bessere vorstellbar.

### **Es gäbe da noch Utopien von Räte­demokratie oder Anarchismus...**

Das Nachdenken über Demokratie ist 2.000 Jahre alt. Das athenische Modell ist bis heute das Ideal: Bürger versammeln sich auf einem Marktplatz - wobei mit Bürgern damals weder Frauen noch Sklaven gemeint waren - und argumentieren frei und treffen dann die beste Entscheidung.

### **Mit 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern funktioniert das nicht mehr so recht.**

Für mich ist unter den heutigen Bedingungen nicht Besseres denkbar als eine parlamentarische Demokratie mit breiter Bürgerbeteiligung und klarer Gewaltenteilung.

### **Wie weit entfernt ist die Bundesrepublik Deutschland von diesem Ideal?**

Ein gutes Stück, die Gewalten zum Beispiel sind nicht klar getrennt, Parlament, Regierung und Lobbyverbände zu sehr verschränkt. Aber wir werden immer entfernt sein vom Ideal.

*Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/warum-eigentlich-ist-demokratie-die-bessere-gesellschaftsform-2919>  
Dieser Text erschien zuerst im "Buch gegen Nazis".*

# Homogene Volksgemeinschaft

NPD-Mitglieder und andere Rechtsextreme wettern oft gegen den "multikulturellen Wahnsinn". Damit meinen sie alle in Deutschland lebenden Menschen, die einen Zuwanderungshintergrund haben. Die heutige Gesellschaft ist ihnen zu bunt, zu heterogen.

Rechtsextreme Organisationen propagieren den Mythos einer "homogenen Volksgemeinschaft": Das heißt, sie definieren sich über ihr Deutsch-Sein, über eine vermeintliche gemeinsame kulturelle und ethnisch-biologische Herkunft - wie bei ihren ideologischen Vorbildern von der NSDAP.

Hintergrund: Die Idee einer homogenen Volksgemeinschaft rührt aus der völkischen Ideologie, die über den Nationalsozialismus hinausreicht. Im Kern überliefert die NPD dieses Denken heute noch. Wie etwa in einem internen Schulungspapier der NPD für Mitarbeiter und Funktionäre aus dem Jahr 2006:

*„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnischkulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. (...) In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren.“*

Zum Vergleich: Im nationalsozialistischen Parteiprogramm der NSDAP von 1920 hieß es:

*"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein."*

In dieser Sichtweise gehört dazu, wer deutsche Eltern hat und nicht wer nach dem Gesetz Staatsbürger ist. Die Gesellschaft wird als starre und geschlossene Formation gedacht. Die NPD rekurriert auf Blutrecht. Der Mensch existiert nur als Angehöriger eines bestimmten Volkes. Als Individuum ist er gesetzlos und schutzlos – ein Nichts. Dahinter steckt ein alter Bekannter: der Rassismus.

Überdies ist der Mythos einer "homogenen Volksgemeinschaft" grober Unfug. Denn eine ethnisch-homogene Schicksalsgemeinschaft kann es schon allein deshalb nicht geben, weil die Nation nichts unveränderlich Naturgegebenes ist. Sie ist das Produkt jahrhundertelanger Migration und andauernder historischer Prozesse.

Um die Mär von der Homogenität aufrecht zu erhalten, beschwören Rechtsextremisten eine unveränderliche, von jeher feststehende historisch-organische Substanz der "Volksgemeinschaft" herauf. Als solche gelten beispielsweise eine gemeinsame Sprache, Abstammung und Geschichte. Diese vorgeblich natürlich gegebenen Gemeinsamkeiten werden als vorpolitische Kriterien präsentiert, die die Existenz der "Volksgemeinschaft" (im Gegensatz zur "Gesellschaft") beweisen sollen.

Im Unterschied zum Begriff der Nation wird der Begriff des Volkes nicht automatisch als in einem staatlichen Gebilde bestehend betrachtet.



Damit diese unabdingbare "Volkszugehörigkeit" auch im globalisierten Zeitalter für die Anhänger der rechtsextremen Szene attraktiv erscheint, muss der Mythos gnadenlos überhöht werden. Ganz nach dem Motto: Was nicht ist, muss inszeniert werden. Und inszeniert wird auf allen Ebenen. Das beginnt bei dem geschlossenen Erscheinungsbild der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag und setzt sich fort bei der Verwendung germanischer Götternamen wie etwa Odin, Wotan, Thor (Thor-Steinar) und Donar in der rechtsextremen Kulturszene. Die symbolhafte Darstellung starker, deutscher Männer spielt für die Inszenierung einer angeblichen "homogenen Volksgemeinschaft" auch eine wichtige Rolle. In einem aktuellen Jahreskalender der rechtsextremen Neonazi-Organisation "Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ) wird ungeniert mit Hochglanzfotos von Kindern in Uniformen geworben. Darin betont die HDJ die "Ideale" einer "soldatischen Erziehung". Das Völkische wird auf spielerisch-pädagogische Art inszeniert. Es wird inszeniert - und instrumentalisiert: Einer der Chef-Intellektuellen der NPD, Jürgen Gansel, sieht in der Volksgemeinschaft die "einzige Schutz- und Solidargemeinschaft im Zeitalter eines global entfesselten Kapitalismus". Die heimischen Guten gegen das fremde Böse – wie im Nationalsozialismus.

Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.com/lexikontext/homogene-volksgemeinschaft>

# Wie sozial ist die NPD wirklich?

"Global dient dem Kapital – sozial geht nur national", so überschrieb die NPD ihre Kampagnen-Website zum 1. Mai 2008. Sie beging den traditionellen Feiertag der Arbeiterbewegung wie schon in den Vorjahren als "Tag der deutschen Arbeit" – in deutlicher Anknüpfung an die Terminologie des Nationalsozialismus. In kruder Wortakrobatik versucht Parteichef Udo Voigt, die verbreite Sorge über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für die NPD auszuschlachten und an ihre völkische, zunehmend neo-nationalsozialistische Weltanschauung anzukoppeln: "'Sozial' heißt 'gemeinschaftlich' – 'Gemeinschaft' heißt 'Volk'".

*Von Gideon Botsch und Christoph Kopke*

Die Öffentlichkeit reagierte überrascht, als die NPD und ihr Umfeld aus Neonazi-"Kameradschaften" vor ein paar Jahren begann, die "soziale Frage" zu besetzen. Dabei handelt es sich keineswegs um etwas Neues oder Originelles. Rechtsextreme haben stets soziale Ungerechtigkeiten aufgegriffen und in ihre Propaganda eingebaut, die Nationalsozialisten taten dies in den Jahren vor ihrer Machtergreifung ausgiebig. Auch die NPD hat in ihrer über 40jährigen Geschichte immer wieder mal versucht, sich "sozial" zu geben. Und als Udo Voigt 1996 den Parteivorsitz übernahm, ließ er diesem Themenfeld wieder einen zentralen Stellenwert zukommen zu lassen, nachdem es jahrelang eher vernachlässigt worden war.

Aber ist es der NPD mit ihrer sozialpolitischen Agitation ernst? Der Chemnitzer Politologe Steffen Kailitz meint: "Der NPD lässt sich vieles vorhalten, aber nicht, dass sie ihre soziale Programmatik nur vertritt, um Wähler anzulocken." Demgegenüber betont Armin Pfahl-Traughber, Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, die hohe Bedeutung des Themas auf der "Nachfrageseite" – in der Zielgruppe der NPD-Propaganda, soviel steht fest, gibt es eine breite Ablehnung der jüngeren Gesetzesänderungen im Sozialbereich (die sog. Hartz-Gesetze) und der Wahl rechtsextremer Parteien. Unter Gewerkschafts-Mitgliedern ist, wie Studien zeigten, rechtsextremes Gedankengut überdurchschnittlich oft vertreten. Auch zahlreiche Wahlanalysen bestärken die NPD in der Hoffnung, aus sozialen Ängsten Kapital schlagen zu können.

Viele Wähler und v. a. auch Wählerinnen der NPD und anderer rechtsextremer Parteien sind ehrlich berührt durch soziale Ungerechtigkeit. Meinungsumfragen haben ergeben, dass diese Gruppe stärker am Wert "soziale Gerechtigkeit" orientiert ist, als etwa die Anhänger von F.D.P. und CDU/CSU (vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2007, S. 22ff). Die wichtige Einschränkung: Solche Anteilnahme gilt nur, solange Menschen von Ungerechtigkeit betroffen sind, die im rechtsextremen Weltbild als vollwertige Glieder der "deutschen Volksgemeinschaft" gelten. Allen anderen, insbesondere Ausländern oder Menschen, die dazu erklärt werden, verweigert man Mitleid: "Wir helfen gern, doch irgendwann ist Schluss / weil auch irgendwann mal das Volk / an sich alleine denken muss", singt etwa die "Liedermacherin" Annett Müller auf der sogenannten NPD-Schulhof-CD.

Neben 'Fremden' werden auch Menschen, die keine Arbeit oder Wohnung haben, leicht als "Arbeitsscheue" oder "Asoziale" aus der "Volksgemeinschaft" ausgegrenzt. Es entspricht dem rechtsextremistischen Weltbild, sie zu "Schmarotzern" zu erklären oder die Ausgrenzung wegen ihrer "Schwäche" im "Daseinskampf" als Prozess "natürlicher Selektion" darzustellen. Folgerichtig sind



immer wieder Obdachlose, Arme, Alkoholranke oder andere sozial Schwache von rechtsextrem motivierten Gewalttätern grausam misshandelt oder gar getötet worden. Auf Usedom in Vorpommern etwa brachten rechtsextreme Jugendliche im Jahr 2000 den 51-jährigen Norbert Plath um, nachdem bereits vier Jahre zuvor in dieser NPD-Hochburg ein Obdachloser ermordet worden war.

Als Partei greift die NPD bestehende soziale Ungerechtigkeiten auf, um sie für ihre ausländerfeindliche, rassistische und aggressive Propaganda zu nutzen – vor allem, um Angst zu erzeugen und verbreitete Vorurteile zu bestärken. Bei genauem Blick aber erweisen sich die wenigen konkreten Aussagen der NPD zur Sozialpolitik entweder als von anderen (meist linken, gewerkschaftlichen oder kirchlichen) Initiativen abgekupfert – oder sie enthalten gar ganz und gar unsoziale Forderungen. Im NPD-Parteiprogramm findet sich beispielsweise der Passus: "Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen [...] Sie hat die Aufgabe, den Wohlstand des ganzen Volkes zu festigen, den einzelnen in allen Wechselfällen des menschlichen Lebens vor unverschuldeter Not zu bewahren [...]. Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Albdruk werden, verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial." Vor "unverschuldeter" Not bewahren – damit fällt die NPD weit hinter den Stand der gesetzlich garantierten Sozialleistungen für jedermann zurück, auch nach Umsetzung der auch von ihr lautstark kritisierten "Agenda-2010"-Maßnahmen.

Für die NPD ist die Rechnung simpel: Wohlstand entstehe durch Arbeit, und nur wer arbeitet, verdient Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen; im Zweifel soll es einen Arbeitszwang geben. Garant für Vollbeschäftigung sei eine von ausländischen Einflüssen abgeschirmte, staatlich subventionierte mittelständische Wirtschaft. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik entspricht weniger den Interessen der Arbeitslosen, Angestellten und Facharbeiter unter den Wählerinnen und Wählern der NPD als den Vorstellungen der Parteifunktionäre, die vor allem aus dem kleinen unternehmerischen und selbständigen Mittelstand stammen. In diesen Kreisen wird sehr häufig auf Bezieher von Transferleistungen geschimpft, die "anständig arbeitenden Deutschen" nur auf der Tasche lägen. Im Modell der "organischen Volksgemeinschaft" dagegen, wie es die Weltanschauung der NPD prägt, hat jeder "Deutsche" seinen festen Platz. Unterschiede in Einkommen und sozialem Status gelten als "natürlich" und "gerecht", sofern sie nicht zu groß werden. Bei Vollbeschäftigung und florierender Wirtschaft werde, so die illusionären Vorstellungen der NPD, unternehmensbezogene Gewinnbeteiligungen und Mitarbeiteraktien eine "gerechte" Verteilung des "Volksvermögens" garantieren und den Betriebsfrieden sichern können. Eine solche "Betriebsgemeinschaft", von der etwa Parteivize Jürgen Rieger im April/Mai 2007 in der Deutschen Stimme schrieb, sei Voraussetzung für eine "gesunde Volksgemeinschaft".

Eine harmonische "Volksgemeinschaft" aber, wie die NPD sie erträumt, hat nie existiert und wird auch nie existieren. Mit den Realitäten in einer pluralen Gesellschaft ist die Volksgemeinschaftsideologie unvereinbar: Rechtsextremes Denken denunziert unterschiedliche Interessen als "Gruppenegoismen" und lehnt ihre Vertretung – beispielsweise durch unabhängige Gewerkschaften – als Störung des Betriebsfriedens und der Volksgemeinschaft ab. Andere gesellschaftliche Konflikte werden "Gemeinschaftsfremden" angelastet, seien es "ausländische Schmarotzer" oder ein "jüdisches Finanzkapital".

Darum ist auch faktisch das einzige Mittel, das die NPD zur Lösung sozialer Probleme anbietet, die "Entausländerung": Laut Parteiprogramm sind "Ausländer [...] aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf

deutsche Sozialleistungen besitzen." Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber haben in die Sozialkassen eingezahlt, oft über Jahrzehnte. Das Ausgrenzungs- und Vertreibungsprogramm, das den eigentlichen Kern der NPD-Programmatik bildet, würde in der Praxis auch zu Plünderung und Raub erworbener Ansprüche führen. Gegen alle ökonomische Vernunft und alle empirisch gestützten Prognosen über die Entwicklung der europäischen Arbeitsmärkte glaubt man in den Kreisen der NPD, dass die Verwirklichung ihrer ethnischen Säuberungsphantasien zur Beseitigung sozialer Not führen könne.

Doch es gibt auch noch andere Gruppen, die vom Arbeitsmarkt verdrängt werden sollen: Frauen werden auf eine angeblich biologische vorbestimmte Rolle als Mutter reduziert. Daran hält die NPD mitsamt ihrer Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen (RNF) fest in anderen Bereichen des rechtsextremen Lagers aber werden inzwischen vereinzelt auch andere Rollenbilder akzeptiert ("Kameradin", "Aktivistin", "Kämpferin").

Ein weiterer Kern der NPD-Politik ist die Abschottung Deutschlands gegen globale Märkte, gegen das "globale Kapital" und insbesondere gegen das angeblich "jüdische" Finanzkapital. Das Konzept einer "raumorientierten Volkswirtschaft" und der Entkopplung vom Weltmarkt geht auf vorindustrielle Vorstellungen eines "geschlossenen Handelsstaats" (Fichte) zurück, in dem die Obrigkeit eine vorwiegend mittelständische Wirtschaft steuert und reglementiert. Sofern die NPD von "Sozialismus" spricht, meint sie einen solchen Obrigkeitsstaat auf kleinkapitalistischer Grundlage.

Eine ähnliche Mischung aus ressentimentgeladener, rassistisch-antisemitischer Problembeschreibung und unrealistisch-simplifizierenden Problemlösungen bieten die Ausführungen der NPD zur Frage, wie ihre sozialpolitischen Forderungen denn zu finanzieren seien: "Geld ist genügend da, es muss nur wieder dem eigenen Volk zugute kommen, indem Auslands- und Ausländerzahlungen radikal zusammengestrichen werden. Auf einer nationalen Streichliste", so die NPD-Broschüre Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, "stünden die Sühnezahlungen an sogenannte NS-Opfer, kostenlose Waffenlieferungen an Israel, die Subventionierung der EU-Osterweiterung, Milliardenbeträge für Auslandseinsätze der Bundeswehr im Dienst der imperialistischen USA, Sozialleistungen für Ausländer und die Milliardenkosten des Asylbetrugs." Die NPD macht damit Ausgaben verantwortlich, die so zum Teil gar nicht stattfinden, stark übertrieben oder völlig einseitig dargestellt werden. Das Zitat enthüllt zugleich den spezifischen Trick rechtsextremer Weltanschauungen: alle negativen Erscheinungen, die das Wunschbild einer harmonischen Volksgemeinschaft stören, werden 'feindseligen Fremden' angelastet.

Dennoch ist es der NPD sehr wichtig, das sozialpolitische Feld in Wahlkämpfen und Propagandafeldzügen plakativ zu besetzen: Armut, sozialer Abstieg und gesellschaftliche Desintegration sind derzeit die zentralen "Angst"-Themen, an die rechtsextreme Propaganda anknüpfen kann. Die NPD versucht, existierende Probleme zu "nationalisieren" und völkisch-rassistisch aufzuladen. Mit anderen Worten: Ihre soziale Demagogie dient der Verbreitung ihrer eigentlichen völkisch-rassistischen, antidemokratischen und menschenverachtenden Inhalte. In ihrer Programmatik aber bleibt die NPD eine unsoziale und anti-soziale Partei.

*Christoph Kopke und Dr. Gideon Botsch sind Politikwissenschaftler und wissenschaftliche Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam.*